

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29.11.2017 sowie vom 13.12.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Smart City Konzept für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0254
Fraktion CDU/ANW
 - 3.2 Smart City - Potsdam Service App
Vorlage: 17/SVV/0147
Fraktionen CDU/ANW, SPD
 - 3.3 Entschädigungssatzung
Vorlage: 17/SVV/0877
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
 - 3.4 Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige
Vorlage: 17/SVV/0048
Fraktion DIE aNDERE
- 4 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das
Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Vorlage: 17/SVV/0975
Oberbürgermeister, Fachbereich, Recht, Personal und Organisation
- 5 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das
Verwaltungsgericht Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0974
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum
Vorlage: 17/SVV/0948
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
 - 6.2 Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 17/SVV/0932
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

- 6.3 Auswertung der Pilotphase des Ideen- und Beschwerdemanagements und Empfehlungen
Vorlage: 17/SVV/0972
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.4 Entwicklungsbereich Krampnitz - 16. Sachstandsbericht
Vorlage: 17/SVV/0977
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.5 Analyse der Besucherstruktur im "blu"
gemäß Vereinbarung im HA 28.06.2017
Oberbürgermeister
- 6.6 Sachstandsbericht Ideen- und Beschwerdemanagement
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.7 Stand Sonntagsöffnungszeiten 2017/2018
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.8 Sachstand Uferweg Groß Glienicke
Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)
- 6.9 Erstauswertung Beteiligungspool
Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)
- 6.10 Bericht aus dem Stiftungsrat der SPSP
Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)
- 7 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 8 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.11.2017 sowie vom 13.12.2017
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke
Vorlage: 17/SVV/0931
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 9.2 Angelegenheiten der Stadtwerke Potsdam GmbH
Oberbürgermeister
- 9.3 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam - Diskussion
Oberbürgermeister (Personaldiskussion in den nicht öffentlichen Teil

verschoben)

10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.11.2017 sowie vom 13.12.2017**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zu ergänzen ist/sind:

- unter **6.**, **Mitteilungen der Verwaltung**, die **Tagesordnungspunkte 6.8, Sachstand Uferweg Groß Glienicke; 6.9, Erstauswertung Beteiligungspool** und **6.10, Bericht aus dem Stiftungsrat der SPSPG**.

Änderungen in der Reihenfolge:

- Der **TOP 6.6, Sachstandsbericht Ideen- und Beschwerdemanagement**, soll vorgezogen und mit dem **TOP 6.3, Auswertung der Pilotphase des Ideen- und Beschwerdemanagements und Empfehlungen**, zusammengefasst werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 68. Sitzung des Hauptausschusses vom 29.11.2017 wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 69. Sitzung des Hauptausschusses vom 13.12.2017 wird ebenfalls mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Smart City Konzept für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0254

Fraktion CDU/ANW

Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Dünn, Stadtverordneter und Mitglied der Fraktion CDU/ANW und erteilt ihm das Wort. Herr Dünn bringt im Namen seiner Fraktion den Antrag ein. Er geht dabei insbesondere auf den stattgefundenen Workshop zum Thema Digitalisierung und das Potenzial Potsdams als Vorreiter ein. Ein umfassendes Konzept zur Koordination der weiteren Entwicklung sei jedoch notwendig.

Herr Finken ergänzt, dass der stattgefunden Workshop Grundlage für die weitere Arbeit sein soll. Die dort angesprochenen Themen sollen im Konzept fortgeführt werden. Er schlägt vor, eine konkretisierte Fassung des Antrags vorzulegen und regt an den Antrag vorerst zurückzustellen.

Herr Exner betont, dass „Smart City“ ein großer, übergreifender Begriff sei. Deshalb sei auch aus seiner Sicht eine Konkretisierung und Schwerpunktsetzung notwendig.

Frau Armbruster schlägt vor, eine interfraktionelle AG ins Leben zu rufen. Bildung, Mobilität und Verwaltung sollten die Kernthemen sein. Herr Dr. Scharfenberg unterstützt die Idee einer fraktionsübergreifenden AG und schließt sich dem Vorschlag von Frau Armbruster an.

Der Antrag wird im Anschluss **zurückgestellt**.

zu 3.2 Smart City - Potsdam Service App

Vorlage: 17/SVV/0147

Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Dünn, Stadtverordneter und Mitglied der Fraktion CDU/ANW, erhält das Wort und bringt den Antrag ein. Er betont, dass eine umfassendere „Service-App“ für die Landeshauptstadt Potsdam und keine „Kultur-App“ erarbeitet werden soll.

Herr Exner schlägt eine Machbarkeitsstudie zusammen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH vor. Er betont, dass für die Erstellung der App eine Ausschreibung notwendig werden würde. Die Terminstellung im Antrag sollte wie folgt angepasst werden:

Der Stadtverordnetenversammlung soll in der SVV im Juni 2017 Dem Hauptausschuss soll zum Ende des zweiten Quartals 2018 über das Ergebnis berichtet werden.

Herr Finken stimmt der Änderung der Terminstellung im Namen seiner Fraktion zu. Im Anschluss wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der Umsetzung

des Bürgerportals und/oder der Tourismuskonzeption, eine übergeordnete Potsdam Service App für iPhone, Android-Smartphone sowie Windows Phone in Potsdam angeboten werden kann. Die App sollte Informationen zu Veranstaltungen, Service der Verwaltung, Touristische Angebote, Verkehrsinformationen und Informationen zu wissenschaftlichen Einrichtungen enthalten. Die App soll gemeinsam mit in Potsdam ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt werden. ~~Der Stadtverordnetenversammlung soll in der SVV im Juni 2017 Dem~~ *Hauptausschuss soll zum Ende des zweiten Quartals 2018* über das Ergebnis berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3 **Entschädigungssatzung**

Vorlage: 17/SVV/0877

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

Die Tagesordnungspunkte 3.3, Entschädigungssatzung, Drucksache 17/SVV/0877 und 3.4, Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige, Drucksache 17/SVV/0048, werden zusammen behandelt.

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation, bringt die Vorlage ein. Sie stellt den Ablauf der Überarbeitung in der extra dafür gebildeten AG und die entscheidenden Änderungen in der Satzung dar.

Herr Heuer sagt, dass die gefundene Regelung bezüglich der Erstattung von Kinderbetreuungskosten gut sei. Er weist jedoch auf eine bestehende Ungleichbehandlung von Selbstständigen und Angestellten hin. Auf Grund dieser Ungleichbehandlung könne er die neue Entschädigungssatzung so nicht mittragen.

Herr Sändig erklärt den Hintergrund des ursprünglichen Antrags seiner Fraktion (Drucksache 17/SVV/0048 - Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige). Der in diesem Antrag formulierte Auftrag sei nicht erfüllt, da ein Nachweis für die entstandenen Kinderbetreuungskosten durch die zu leistende Unterschrift immer noch notwendig sei.

Herr Heinzel schildert, dass die Diskussion in der AG sich überwiegend mit Rechtsfragen beschäftigt habe. Eine Gleichbehandlung zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen sei auch aus seiner Sicht nicht gegeben. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung deshalb enthalten.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass die neue Entschädigungssatzung beschlossen werden sollte. Die angesprochenen Kritikpunkte müssten jedoch angegangen werden.

Der Oberbürgermeister unterstützt den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg. Die nächste Stadtverordnetenversammlung sollte dann über weitere Anpassungen der Entschädigungssatzung befinden. Die Vorlage wird im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte - Entschädigungssatzung -

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 7 Stimmenthaltungen.

zu 3.4 Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige
Vorlage: 17/SVV/0048
Fraktion DIE aNDERE

Der Tagesordnungspunkt 3.4, Erstattung von Kinderbetreuungskosten für ehrenamtlich Tätige, Drucksache 17/SVV/0048, wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 3.3, Entschädigungssatzung, Drucksache 17/SVV/0877, behandelt und anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Entbürokratisierung der Nachweispflicht für die Inanspruchnahme von Kosten der Kinderbetreuung aus.

In der Entschädigungssatzung § 3 (10) soll die Passage gestrichen werden, die die Erstattung der Kosten der Kinderbetreuung an den Nachweis bindet, *„dass während der mandatsbedingten notwendigen Abwesenheit die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten oder einen anderen im Hause lebenden Familienangehörigen während dieser Zeit nicht möglich war“*.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderung der geltenden Entschädigungssatzung vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung im März 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 4 Stimmenthaltungen.

zu 4 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Vorlage: 17/SVV/0975
Oberbürgermeister, Fachbereich, Recht, Personal und Organisation

Die Tagesordnungspunkte 4., Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Drucksache 17/SVV/0975 und 5., Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam, Drucksache 17/SVV/0974, werden zusammen behandelt.

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt zu Beginn klar, dass eventuelle Diskussionen über Personen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung geführt werden sollen.

Herr Kirsch meldet sich anschließend zur Geschäftsordnung und erklärt sich für Befangen, da er sich selbst als ehrenamtlicher Richter beworben hat. Er zieht sich daraufhin in den Zuschauerbereich zurück.

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation, bringt anschließend die Vorlagen ein und erläutert das Verfahren zur Ernennung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. Die Verwaltung habe eine Vorauswahl getroffen. Diese Vorauswahl soll in der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2018 in Form der Listenwahl beschlossen werden.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass eine Einzelwahl der Personen praktisch nicht möglich sei und man sich deshalb für eine Listenwahl entschieden habe. Er fragt, ob dieses Verfahren so grundsätzlich in Ordnung sei. Zum vorgeschlagenen Verfahren der Listenwahl gibt es keinen Widerspruch.

Herr Finken hat eine Frage zu einer der vorgeschlagenen Person auf der Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam. Diese Frage soll im nicht öffentlichen Teil der Sitzung als Tagesordnungspunkt 9.3 besprochen werden.

Da es zu der Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg keine Fragen und Anmerkungen gibt, wird diese anschließend direkt zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Aufnahme der in der Anlage gekennzeichneten 7 Personen in die Vorschlagsliste für die Besetzung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtszeit 19.08.2018 – 18.08.2023.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

**zu 5 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das
Verwaltungsgericht Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0974

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

Der Tagesordnungspunkt 5, Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam, Drucksache 17/SVV/0974, wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4, Vorschlagsliste ehrenamtliche Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Drucksache 17/SVV/0975, behandelt.

Die Abstimmung fand im nicht öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 9.3 statt, da es noch Fragen zu einer Person auf der Vorschlagsliste gab:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Aufnahme der in der Anlage gekennzeichneten 26 Personen in die Vorschlagsliste für die Besetzung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtszeit 01.07.2018 – 30.06.2023.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 6.1 **Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum** **Vorlage: 17/SVV/0948**

Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und fragt, ob es Nachfragen zur Mitteilungsvorlage gibt.

Frau Dr. Schröter sagt, dass die Informationen aus der Mitteilungsvorlage bereits bekannt und nichts Neues seien. Das bestehende Problem werde „auf die lange Bank“ geschoben.

Herr Dr. Scharfenberg ergänzt, dass das Thema im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt wurde. Dem sei jedoch nicht so. Unter anderem seien die Finanzierung und der Standort für ein zukünftiges Depot noch nicht geklärt. Er fordere deshalb eine zeitnahe Umsetzung.

Frau Armbruster weist darauf hin, dass im Doppel-Haushalt 2018/2019 entsprechende Mittel für die Umsetzung eingeplant seien. Das Verfahren sei deshalb wie dargestellt in Ordnung.

Herr Heinzel sagt, dass die Problematik bekannt sei. Potenzielle Objekte seien auffindbar. Der Aufwand und die Einbeziehung eines Planungsbüros seien übertrieben. Auch er fordere eine zeitnahe Lösung.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass zuerst bestimmt werden müsse, was aufbewahrt werden soll und was nicht. Dies sei bereits geschehen. Er betont, dass es nicht nur um das Finden von Räumen, sondern auch um das ganzheitliche Management von Archivgut gehe. Es sei deshalb professionelle Unterstützung notwendig, um Bedarfe und Anforderungen profund festzustellen. Das Vorhaben solle deshalb wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt umgesetzt werden.

Herr Exner ergänzt, dass die Mitteilungsvorlage auf den Fakten beruhe, die bereits im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft dargestellt worden sind. Die Umsetzung sei jedoch schon weiter. Das Projekt sei ein kostenintensives Großvorhaben, das eine sorgfältige Bedarfsermittlung notwendig mache. Eine Unterstützung durch Fördermittel schätze er als schwierig ein.

Frau Dr. Schröter fragt, ob die Prüf- und Sondierungsphase wirklich zwei Jahre in Anspruch nehmen soll. Herr Exner antwortet, dass die Fristen bei einer Eigenrealisierung so lang und notwendig seien.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Lösung über ein Großdepot sowohl

Vorteile als auch Nachteile hätte. Hier sei eine genaue Abwägung notwendig. Er fragt, wann mit der Realisierung zu rechnen sei.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass auch die Option Großdepot denkbar sei. Diese sei vermutlich leichter zu stemmen. Eine weitere Berichterstattung könne im dritten Quartal 2018 erfolgen.

Die Vorlage wird anschließend **zur Kenntnis genommen.**

zu 6.2 Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 17/SVV/0932

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Exner bringt die Mitteilungsvorlage ein. Frau Müller weist im Anschluss darauf hin, dass Vorschläge für die Verbesserung der Situation fehlen würden und fragt nach, wann Herr Exner mit diesen rechne.

Herr Exner antwortet, dass ein Konzept für den gesamten Campus der Landeshauptstadt Potsdam erarbeitet werden soll. Es soll keine Einzellösung für den Plenarsaal geben. Hintergrund sei, dass so unter Umständen das Land finanziell unterstützen könne. Nach den bisher erfolgten Voruntersuchungen erachte man eine Unterstützung durch das Land als möglich.

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, ergänzt, dass der Kontext Denkmalschutz entscheidend für eine eventuelle Förderung durch das Land sei.

Frau Müller weist darauf hin, dass auch das Ziel der papierlosen Stadtverordnetenversammlung im aktuellen Plenarsaal nicht umsetzbar sei. Eine zeitnahe Lösung sei auch deshalb notwendig.

Der Oberbürgermeister fragt, wann mit einer konkreteren Planung gerechnet werden kann. Herr Rubelt antwortet, dass eine Machbarkeitsstudie noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss an die Diskussion **zur Kenntnis genommen.**

zu 6.3 Auswertung der Pilotphase des Ideen- und Beschwerdemanagements und Empfehlungen

Vorlage: 17/SVV/0972

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Tagesordnungspunkte 6.3, Auswertung der Pilotphase des Ideen- und Beschwerdemanagements und Empfehlungen, Drucksache 17/SVV/0972 und 6.6, Sachstandsbericht Ideen- und Beschwerdemanagement, werden zusammengefasst.

Frau Schmidt, Sachbearbeiterin Ideen- und Beschwerdemanagement, stellt in einer Power Point Präsentation die wichtigsten Ergebnisse aus der Pilotphase des Ideen- und Beschwerdemanagements dar und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Die Präsentation wird dem Sitzungsprotokoll angehängen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.4 **Entwicklungsbereich Krampnitz - 16. Sachstandsbericht**

Vorlage: 17/SVV/0977

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er betont, dass die Verfahren laufen und sich die Entwürfe in der Vorbereitung befinden. Auch der Entwicklungswettbewerb sei bereits gestartet. Es werde ebenfalls eine „Fibel“ für die Denkmalpflege erstellt und der Abbruch für das „Bergviertel“ vorbereitet. Er führt weiter aus, dass es zukünftig ein „Forum Krampnitz“ zur Beteiligung aller relevanten Akteure geben werde und schlägt deshalb vor, die weitere Berichterstattung in der bisherigen Form einzustellen.

Herr Wartenberg erklärt, dass er dafür gesorgt habe, dass der Ortsbeirat Fahrland die Mitteilungsvorlage ebenfalls erhält. Er fragt, wie der Abtransport der Abbruchabfälle gelöst werden soll. Zum Forum Krampnitz habe er bisher keine Einladung erhalten.

Herr Rubelt antwortet, dass Informationen zum konkreten Ablauf der Abbrucharbeiten noch folgen werden. Zum Forum Krampnitz sollten die Ortsbeiräte Fahrland und Neu Fahrland eingeladen sein. Er werde dies prüfen lassen.

Herr Kirsch schlägt vor, dass die bisherige Berichterstattung zukünftig nur noch halbjährig erfolgen solle. Frau Armbruster stimmt diesem Vorschlag zu und wünscht, dass auch Daten zur sozio-kulturellen Planung geliefert werden sollen.

Herr Rubelt bittet darum, die Berichterstattung im Gremium mündlich vornehmen zu können. Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass die ursprünglich geforderte Berichterstattung einen anderen Hintergrund hatte und jetzt neue Voraussetzungen bestünden. Eine mündliche Berichterstattung einmal im Jahr sei daher ausreichend.

Herr Finken regt an, dass die Protokolle des Forums Krampnitz für die Berichterstattung ausreichend seien. Dem stimmt Herr Wartenberg zu.

Der Oberbürgermeister fasst zusammen, dass die Berichterstattung zukünftig einmal im Jahr mündlich erfolgen soll. Er kündigt die Änderung der Beschlussvorlage für die März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung an.

Die Mitteilungsvorlage wird im Anschluss zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 **Analyse der Besucherstruktur im "blu" gemäß Vereinbarung im HA 28.06.2017**

Oberbürgermeister

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Frau Sello, Geschäftsführerin der Bäderlandschaft Potsdam GmbH. Frau Sello geht im Rahmen einer Präsentation auf die Besucherentwicklung im Freizeitbad „blu“ und besonders auf die Nutzung der Familienkarte ein. Im Ergebnis kämen nur neun Prozent der Potsdamer Familien mit mehr als vier Personen bzw. zwei Kindern.

In den weiteren Ausführungen betont sie, dass das Bad nicht zu klein geplant und es in den Weihnachtsferien nur zweimal zu einem stundenweisen Einlassstopp gekommen sei. Es sei für Freizeitbäder in Deutschland üblich, dass es in „Spitzenzeiten“ zu einem Einlassstopp kommen könne. Generell lägen die Besucherzahlen im Sport- und Familienbad nur geringfügig über den Planungen. Im Saunabereich kämen aktuell noch weniger Gäste als prognostiziert.

Herr Kirsch fragt im Anschluss an die Präsentation nach absoluten Zahlen zu den Einnahmen und ab wann die Föhne im Bad wieder funktionieren sollen. Frau Sello antwortet, dass die wirtschaftliche Auswertung sich noch in der Erstellung befände. Die Reparatur der defekten Föhne würde sich verzögern, da es sich hierbei um Gewährleistungsansprüche handeln würde.

Herr Kirsch fragt, wann mit einer Darstellung des wirtschaftlichen Ergebnisses gerechnet werden kann. Frau Sello antwortet, dass diese Zahlen Mitte Februar vorliegen sollen. Herr Kirsch schlägt anschließend vor, dass die Zahlen in der März-Sitzung des Hauptausschusses dargestellt werden sollen. Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 6.6 Sachstandsbericht Ideen- und Beschwerdemanagement

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Tagesordnungspunkt 6.6, Sachstandsbericht Ideen- und Beschwerdemanagement, wurde mit dem Tagesordnungspunkt 6.3, Auswertung der Pilotphase des Ideen- und Beschwerdemanagements und Empfehlungen, Drucksache 17/SVV/0972, zusammengefasst.

zu 6.7 Stand Sonntagsöffnungszeiten 2017/2018

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Stand zu den Sonntagsöffnungszeiten 2017/2018. Er gibt einen Rückblick auf das Jahr 2017 und geht dabei insbesondere auf die Verordnungen zu den Sonntagsöffnungszeiten für 2017, die Novellierung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes, den Antrag von ver.di auf einstweiligen Rechtsschutz sowie den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 27.12.2017 ein, mit dem auch in Berlin verkaufsoffene Sonntage „gekippt“ wurden. Im weiteren Verlauf der Präsentation stellt er die Handlungsbedarfe für das Jahr 2018 dar und gibt einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung. Er betont, dass bislang noch kein Verhandlungstermin im Hauptsachverfahren durch das Oberverwaltungsgericht (OVG) terminiert wurde. Ohne verbindliche Hinweise des OVG zu den Adventssonntagen sei eine neue Verordnung zu den Ladenöffnungszeiten für 2018 hoch risikobehaftet.

Herr Heuer fragt, ob es nicht mal ein Einvernehmen gegeben habe. Herr Jetschmanegg antwortet, dass es regelmäßig Abstimmungen mit ver.di und den Kirchen gegeben habe.

Herr Schultheiß nennt das Ergebnis unbefriedigend und fragt nach einem Plan B. Herr Jetschmanegg antwortet, dass es dieses Mal keinen Plan B gebe. Die

Gerichte müssten inhaltlich überzeugt werden, dass die Öffnung an bestimmten Tagen „sinnvoll“ sei.

Die Mitteilung wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen**.

zu 6.8 Sachstand Uferweg Groß Glienicke

Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation, berichtet, dass die Enteignungsbehörde über eines der betroffenen Anliegergrundstücke entschieden habe. Im Ergebnis könne ein 3 Meter breiter Uferweg entstehen, auf dem jedoch kein Fahrradverkehr erlaubt sei. Als Entschädigung für den Anlieger seien 8 Euro/Quadratmeter festgesetzt worden. Für das „restliche Grundstück“ entstehe durch den Uferweg keine Wertminderung. Die Entscheidung gelte explizit nur für dieses eine Grundstück. Für die restlichen Anliegergrundstücke müssen weitere Einzelentscheidungen getroffen werden.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 6.9 Erstauswertung Beteiligungspool

Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, berichtet mündlich zum Bürgerbeteiligungspool. Insgesamt seien 7500 Menschen angeschrieben und zur Teilnahme am Beteiligungspool eingeladen worden. Parallel dazu habe es eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit gegeben. Im Ergebnis hätten 1052 Menschen Ihre Teilnahme am Beteiligungspool zugesagt. 43 Prozent der Interessierten seien weiblich, 57 Prozent männlich. Im weiteren Verlauf werden nun Bestätigungen und aktuelle Informationen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschickt. Die Aufnahme weiterer Potsdamer und Potsdamerinnen in den Beteiligungspool sei weiterhin möglich.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 6.10 Bericht aus dem Stiftungsrat der SPSPG

Oberbürgermeister (mit Feststellung der TO ergänzt)

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, berichtet in diesem Tagesordnungspunkt zum einen über Neuigkeiten bezüglich des Potsdamer Seesportclub e.V. und zum anderen zum Thema Parkeintritt.

Bezüglich des Seesportclubs teilt er mit, dass eine Vereinbarung zur Verlängerung des Nutzungsvertrages bis zum 30.09.2018 geschlossen wurde. Es werde weiter eine AG zur Neugestaltung der betreffenden Flächen sowie einen Grundstückstausch geben, in dessen Folge der Seesportclub umziehen werde. Es soll ein beräumtes Grundstück an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten übergeben werden. Die notwendige Verlegung des Strandbades werde durch die Stadtwerke Potsdam GmbH finanziert. Eine Förderung sei unter Umständen möglich.

Zum Thema Parkeintritt führt Herr Kümmel aus, dass Bund und Länder keine Möglichkeit der weiteren finanziellen Unterstützung der Stiftung zur Verhinderung eines Parkeintritts und zum Abbau des Pflegedefizits sähen. Die Landeshauptstadt Potsdam werde in den nächsten 5 Jahren deshalb je eine Million Euro an die Stiftung zahlen, um den Parkeintritt zu verhindern und das Pflegedefizit abzubauen. Dazu werde ein sogenannter Pflegevertrag abgeschlossen.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Stiftung durchaus bereit sei Hinweise seitens der Landeshauptstadt Potsdam bezüglich der Verwendung des Geldes zu berücksichtigen. Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 7 Sonstiges